

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2026

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

„Stadt für Morgen endlich verwirklichen....“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Für die Kommunen wird es enger und schwieriger. Das zeigt sich insbesondere bei der Aufstellung der Haushaltspläne. Waren die vergangenen Jahre – trotz Krisen aller Art – finanztechnisch glorreich, so dreht sich nun der Wind. Düstere wirtschaftliche Aussichten und steigende Schulden sind in der aktuellen Diskussion. Und es zeigt sich auch ein zunehmendes Problem: Der gesellschaftliche Kitt ist in der Bevölkerung vielfach verloren gegangen. Das Vertrauen in die Politik ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger noch am ehesten im direkten Umfeld, also auf der kommunalen Ebene, Zutrauen auf Lösungskompetenz und richtige Entscheidungen. Das ist also der Ansporn für meine Fraktion und uns als Gemeinderat, zusammen mit der Verwaltung, Haushalt und Kommunalpolitik transparent und verständlich aufzustellen. Birgit Widmaier und ich wollen dazu im Folgenden die wesentlichen Eckpunkte darstellen.

.... endlich verwirklichen. Was heißt das für den Haushalt 2026.

In erster Linie braucht es Haushaltswahrheit und Klarheit in diesem Zahlenwerk. Schon 2023 haben wir uns vorgenommen, realistische Annahmen hinsichtlich der Investitionen einzupreisen. 25 Millionen pro Jahr stehen hier im Raum. Obwohl die Mittelanforderungen deutlich höher liegen, so ist doch sichtbar, dass dies eine pragmatische Größenordnung darstellt, die auch umsetzbar bleibt. Die daraus abgeleitete Priorisierungsliste halten wir für vom Ansatz her richtig und unterstützen dies. Optimiert werden muss allerdings der Bewertungsansatz. Nicht nur begonnene Maßnahmen bis zur Höhe von 25 Millionen sind in Prio 1 einzustufen. Vor die Klammer

gezogen gehören auch alle Maßnahmen, für die eine rechtliche Verpflichtung besteht. Diese können nicht durch eine politische Bewertung auf spätere Jahre verschoben werden.

Den veranschlagten ordentlichen Erträgen von rund 191 Millionen Euro stehen Aufwendungen in Höhe von rund 195 Millionen Euro gegenüber. Ein Haushaltsausgleich wird dadurch nur durch Sonderergebnisse wie außerordentliche hohe Erlöse über Grundstücksverkäufe erreicht. Davon sind nach unserer Auffassung nicht alle sinnvoll und erfahrungsgemäß auch nicht zeitnah zu realisieren. Richtig ist, das Baugebiet Unterer Schützenrain aus dem Haushalt zu streichen, da auch die Arbeiten am Bebauungsplan auf Eis liegen.

Die Gewerbesteureinnahmen werden voraussichtlich mit einem leichten Rückgang auf rund 36 Millionen – nach neuen Zahlen vielleicht auch noch etwas höher - sich deutlich über den Ergebnissen der Vor-Coronazeit konsolidieren. Wobei die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung ein großes Fragezeichen hinterlässt. Erfreulich ist der Anstieg der Erlöse über den Einkommensteueranteil, der rund 45 Prozent der Einnahmen generiert. In der Summe sind die Einnahmen über alle Steuerarten über 100 Millionen Euro und damit auf einem weitgehend stabilen Niveau.

Bei den investiven Ausgaben sind die Bereiche Feuerwehr/Bevölkerungsschutz, Straßenbau und Stadtplanung für über 70% der veranschlagten Mittel verantwortlich.

Im Fazit bleibt, der Haushalt 2026 ist genehmigungsfähig. Trotz fehlendem Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt. Der erfreuliche Rückgang der Verschuldung in den letzten guten Jahren dreht sich nunmehr wieder um. Die Verschuldung wird wieder deutlich ansteigen. Die Rücklagen von rund 80 Millionen Euro sind da ein wichtiger Puffer. Die Entwicklung der Hebesätze ist nach der Bereinigung bei der Grundsteuer weiter ein Thema, welches wir betrachten. Dies trifft auch auf die sehr unterschiedlichen Kostendeckungsgrade der kostenrechnenden Einrichtungen zu, die ein Ergebnis politischer Diskussionen darstellen.

.... endlich verwirklichen: Städteplanung als integrative Aufgabe

Die Stadtplanung war bisher davon geprägt, mit vielen Planungen in das Jahr zu starten. Am Ende blieb vieles unerledigt oder wurde gar nicht angegangen. Die potentiellen Baugebiete, allen voran des Postareal, verbildlichen für jeden diesen Missstand. Wir halten die bisherigen Pläne zum Postareal für falsch, da viel zu verdichtet. Das passt einfach nicht als verbindendes Element zwischen historische Altstadt und

neue Stadtmitte. Bis zum nächsten Frühjahr hat die Stadt Zeit, die asbestbelastete Bodenplatte zu sanieren und ein städtebauliches Vertragswerk mit dem Investor zu entwickeln. Vielleicht ergibt sich hier auch die Chance für eine angepasstere Planung.

Das Baugebiet an der Berliner Straße am Rande des Stadtparks wird von uns unterstützt. Wir hoffen hier auf eine zügige Umsetzung in den kommenden Jahren.

Die Mehrzweckhalle Ezach ist für uns ein integraler Bestandteil der Umsetzungen zum Ganztagsgrundschulbetrieb. Daher wollen wir einen Planungsansatz im Jahr 2026 vorziehen.

Überlegungen zur besseren Nutzung der Fläche am Reiterstadion und Wochenmarkt gibt es schon lange. Eine qualifizierte Untersuchung unter definierten Randbedingungen wie den Erhalt des Marktes und die Nutzung beim Pferdemarkt unterstützen wir ebenfalls.

....endlich verwirklichen. Das wäre eine mittlere Sensation, wenn der „Geesgarten“ in der Bruckenbachstraße aufgewertet und saniert würde. Die Abfallcontainer sind weg, also beste Voraussetzungen für die Schaffung eines attraktiven Platzes in Eltingen mit Anbindung an die Glems.

Als letzten Punkt wollen wir noch die Bedeutung der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes hervorheben. Der Jahrzehnte alte Flächennutzungsplan braucht ein Update. Dazu läuft eine breite Bürgerbeteiligung, um Wünsche und Forderungen der Bürger einzubinden. Das ist gut so. Unter dem Gesichtspunkt einer stagnierenden Bevölkerungszahl sind die politischen Ziele für die Entwicklung der Stadt in den nächsten Jahren festzulegen. Darauf beruht die mögliche Flächenentwicklung für Wohnen oder Gewerbe, aber auch für die Grünvernetzung und Maßnahmen für die Mobilität in der Stadt. Allgemein muss bei städtebaulichen Entscheidungen auch viel mehr Wert auf ökologische Kriterien gelegt werden.

Deutlich wurde in der letzten Sitzung beim Thema Neubau der Feuerwache in Warmbronn dass es im Baubereich auch strukturelle Fehler gibt. Das Vorgehen war folgendes:

- es wird ein Kostenplan beschlossen
- später wird ein Raumprogramm beschlossen. → das sich leider nicht mit dem beschlossenen Kostenplan umsetzen lässt.

Trotzdem erfährt der Gemeinderat nichts,- nada, niente - davon, es wird im Bauamt einfach weitergearbeitet. Bis dann die Beschluss-Drucksache auf dem Tisch liegt und die Kosten höher als beschlossen sind, was natürlich für massive Irritationen sorgt. Warum, fragen wir uns, hat der zuständige Baubürgermeister den Gemeinderat eigentlich nicht im Verlauf des Prozesses darüber informiert, dass sich Kostenplan und Raumprogramm nicht decken? Hier muss sich in den Abläufen dringend etwas ändern.

Aber weg von den schlechten Entwicklungen hin zu Positivem. → **Die Stadt für morgen endlich verwirklichen.**

Es wurde in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht, wie wir auch an der Höhe der Ausgaben für Investitionen sehen können.

Für vieles gab es Zuschüsse vom Land: für den Bosch-Campus, für den Radwegausbau Römerstraße, die Straßenquerungen in Höfingen u.a.

Bei der Stadt für morgen wurde und wird in die richtige Richtung gedacht. Stichworte hierzu: Verknüpfung Neue Stadtmitte mit Altstadt, Entwicklung an der Eltinger Straße, Einrichtung einer Umweltspur.

Die zur Stadt für morgen durchgeführte Bürgerbeteiligung hat viele positive Ideen und Impulse gebracht. Jetzt müssen wir sie nur noch umsetzen, daran hakt es aktuell.

Vieles von diesen Themen haben wir mitgetragen und wir werden auch in Zukunft konstruktiv zur Stadtentwicklung in Richtung einer klimafreundlichen, lebenswerten Stadt beitragen, die die Bedürfnisse von allen berücksichtigt und nicht nur von einzelnen Lobbygruppen.

Stichwort Lobby: Eine der Gruppen, die leider sehr vernachlässigt wird, sind Fußgänger*innen, Radfahrende und ÖPNV Nutzer*innen.

Lippenbekenntnisse für Verbesserungen gibt es von fast allen Fraktionen. Aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, werden alle möglichen Bedenken hervorgeholt. Wie wir neulich erst wieder feststellen mussten, als es um das Thema Verbesserung der Situation für Radfahrende mit der Einrichtung einer Fahrradstraße in der Stohrer- und Hindenburgstraße ging.

Ich frage mich: wo bleibt hier bei der Mehrheit eigentlich die Interessensvertretung für die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmenden?

Hierzu ein paar Fakten zum Thema Radfahren: Mieträder sind in Deutschland inzwischen fester Bestandteil der Mobilität. Die Verkaufszahlen für Fahrräder allgemein nehmen jährlich zu. Und auch die Fahrten mit dem Fahrrad steigen ständig. Der Ausbau der Infrastruktur hinkt hinterher, leider auch in Leonberg.

Dabei wäre es doch für alle ein Gewinn hier zu investieren: je mehr Verkehrsteilnehmende, die auf andere Verkehrsmittel umsteigen, desto weniger individuelle Fahrten mit dem Auto und damit weniger Stau.

Wir sind sehr froh darüber, dass hier vom Referat für Nachhaltige Mobilität zukunftsgerichtete Vorschläge gemacht wurden, die auch von OB Cohn mit initiiert wurden. Auch wir tragen diese mit im Sinne → **die Stadt für morgen endlich verwirklichen**

Zu unseren Anträgen:

Die Anträge zum Haushalt 2026 wurden dieses Jahr bereits im Mai eingebracht und vieles davon ist auch in den Haushalts-Entwurf eingeflossen: Aufwertung der Glems, geplante Umsetzung des Platzes an der Bruckenbachstraße - Geesgarten, die Radverkehrsanlagen Römerstraße OBI Kreisel, der Bau von PV Anlagen, der Hitzeaktionsplan, die Erstellung eines Leerstandskataster. Ebenfalls enthalten sind Themen, zu denen wir Anträge in den vergangenen Jahren gestellt hatten, z.B. kostenlose Energieberatung. Und in den nächsten Jahren ist bei Straßenbaumaßnahmen die klimaverträgliche Mobilität, die wir in Anträgen immer wieder eingebracht haben, ein Ziel. Hierfür sind übrigens auch hohe Summen an Fördermitteln möglich. Dem Thema Wasser sollte jedoch noch mehr Priorität eingeräumt werden, Stichworte: Starkregenereignisse, Entsiegelung, Schwammstadt, Wasserplätze in der Stadt zur Gestaltung und Lebensqualität.

Insgesamt sind also viele Investitionen vorgesehen, um die Klimaziele zu erreichen und allgemein die Stadt voranzubringen. Wir haben dabei bisher konstruktiv mitgewirkt und werden dies auch unter dem neuen OB Tobias Degode so handhaben, ganz im Sinne

→ Die Stadt für morgen endlich verwirklichen

Für uns gilt das nicht nur für die Stadtentwicklung. Wir haben sehr viel Potential im ehrenamtlichen Bereich, sei es auf Vereinsebene oder in vielen anderen Bereichen der Stadt.

Ein Beispiel: Im Jugendausschuss und in den Projektgruppen arbeiten sehr viele engagierte Jugendliche. Auf Initiative der Jugendlichen in der Projektgruppe Mobilität wurde eine neue Nachtbuslinie vorgeschlagen. Der Landkreis hat die Notwendigkeit dafür erkannt und diese in das Linienkonzept ab 2026 aufgenommen. Die Jugendlichen wollten die Linie allerdings bereits im Jahr 2025 umsetzen und haben nach einer Möglichkeit dafür gesucht. Und gefunden, wohlgerne aus Mitteln für die Jugendbeteiligung. Für dieses Projekt gab es nun zu Recht eine Auszeichnung des Landes als „Macher:innen der Mobilitätswende“. Die Jugendlichen der Projektgruppe haben sich dabei gegen 50 eingereichte Mobilitätsprojekte durchgesetzt.

So motivierend kann also Jugendbeteiligung sein! Wie auch andere erfolgreich umgesetzte Projekte des Jugendausschusses zeigen.

Auf dieses Engagement und auch auf das von vielen anderen Ehrenamtlichen, die zur kulturellen Vielfalt beitragen, im sportlichen Bereich tätig sind oder auch bei der Feuerwehr, können wir stolz sein.

Wir brauchen vielfältige auch kleinere Kulturstätten, Unterstützung für kulturelle Projekte und die Sportvereine und natürlich viele andere Initiativen, deren Engagement nicht hoch genug geschätzt werden kann. Ausdrücklich erwähnen möchte ich hier auch unsere Feuerwehr, die mit vielen Ehrenamtlichen unermüdlich für die Sicherheit im Einsatz ist.

Zum Abschluss bedanken wir uns herzlich bei unserer Kämmerin und den Mitarbeitenden der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltsplanes. Und wir bedanken uns beim scheidenden OB Cohn sowie allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihr Engagement für diese Stadt auch in den zuletzt sehr schwierigen Zeiten.

Wir bedauern die Entwicklungen in der Vergangenheit sehr, die viel Unruhe und Streit gebracht haben und hoffen, dass **alle** ihren Teil dazu beitragen, dass mit dem neuen Oberbürgermeister wieder zu einer konstruktiven, sachlichen und zukunftsfähigen Politik zurückgekehrt wird. Unsere Unterstützung dafür sagen wir zu.

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion Grüne. Leonberg, im November 2025,